

VERTEIDIGUNGSMINISTER SCHARPING

Liste der Flüge wird immer länger

Nach neuen Informationen flog Rudolf Scharping binnen eines Jahres sogar 50-mal mit der Flugbereitschaft nach Frankfurt, wo seine Lebensgefährtin wohnt. Der Verteidigungsminister hält weiter daran fest, sich korrekt verhalten zu haben.

Das ist nichts als Verleumdung. Scharping will zu den genauen Hintergründen seiner häufigen Frankfurt-Flüge erst vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestages am kommenden Montag Stellung nehmen. Er wies die Vorwürfe zurück, er habe dienstliche Termine fingiert. Er ließ weiter offen, ob er dem Ausschuss die vollständigen Listen über seine Inlandsflüge übergeben wird: „Alles, was dazu notwendig ist, wird auch dargelegt. Das kann in schriftlicher Form sein, das kann in mündlicher Form sein, wahrscheinlich wird es beides sein.“

„Klassisches Muster“

BERLIN ■ In der Flugaffäre von Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) werden immer neue Vorwürfe und Widersprüche bekannt. Trotz wachsenden Drucks auch in den eigenen Reihen sieht der Ressortchef aber weiter keinen Grund zum Rücktritt. Trotz der spürbaren Unsicherheit in der eigenen Partei über Scharpings weitere Zukunft stellte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sich erneut vor ihn. „Nach Lage der Dinge gibt es keinen Grund daran zu zweifeln, dass alles stimmt, was Scharping gesagt hat“, sagte er am Freitag bei einem Besuch in Hamburg.

Nach Ansicht von CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz verläuft die Affäre „nach dem klassischen Muster“. Derzeit erlebe die Öffentlichkeit die vorletzte Phase, die aus Beschimpfungen der Opposition und der Medien bestehe. Über das Wochenende werde dann die „letzte Phase“ eingeläutet, die im Rücktritt enden werde. CDU-Chefin Angela Merkel bezeichnete Scharping als „Sicherheitsrisiko.“ CSU-Landesgruppenchef Michael Glos rechnet damit, dass Scharping unmittelbar nach der niedersächsischen Kommunalwahl an diesem Sonntag zurücktritt. Der sicherheitspolitische FDP-Fraktions-sprecher Günther Nolting drohte gestern mit einem Untersuchungsausschuss, wenn Scharping nicht „umumstößlich beweisen“ könne, dass alle Flüge korrekt waren. (dpa/AP)

Ein Sprecher aus Scharpings Ministerium bestätigte gestern, dass Scharping seit dem Sommer vergangenen Jahres rund 50-mal mit der Flugbereitschaft zwischen Berlin und Frankfurt am Main geflogen ist, wo seine Lebensgefährtin Kristina Gräfin Pilati wohnt. Gestern Morgen hatte Scharping während seines Truppenbesuchs in Mazedonien im ZDF versichert: „Mir ist unterstellt worden, ich sei mit der Flugbereitschaft dreimal die Woche nach Frankfurt geflogen.“

MAZEDONIEN

Nato mit zweiter Phase der Entwaffnung zufrieden

SKOPJE ■ Einen Tag nach dem politischen Durchbruch für den Friedensplan in Mazedonien hat die Nato mit der zweiten Phase der Rebellenentwaffnung begonnen. Kämpfer der albanischen Nationalen Befreiungsarmee UCK gaben am Freitag an Sammelstellen wie in der nordwestlichen Rebellenhochburg Radusa weitere Waffen ab. Bis zum Freitagnachmittag wurden 160 Waffen übergeben, sagte ein britischer Nato-Offizier. Das Bündnis zeigte sich mit der Zahl und der Qualität der Waffen „sehr zufrieden“.

nalen Druck auf Mazedonien und die ihrer Meinung nach ungenügende Entwaffnung der Rebellen zu protestieren. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping setzte sich am Freitag bei seinem Besuch in Mazedonien für ein UN-Mandat bei einer weiteren Friedensmission in dem Krisenland ein. Er unterstützte damit den Vorschlag seines mazedonischen Amtskollegen Vlado Buckovski. Die Mission solle das Vakuum füllen, das nach dem Ende der Nato-Aktion entstehen könne.

Die Fortsetzung des Einsatzes folgte einen Tag nach der Zustimmung des Parlamentes zum Friedensplan. Am Freitag sammelten sich jedoch erneut 2000 Demonstranten vor dem Parlament, um gegen den internatio-

Der EU-Kommissar für Außenpolitik, Chris Patten, hat Mazedonien am Freitag bei einem Besuch in Skopje eine Finanzhilfe in Höhe von 42 Millionen Euro (rund 82 Millionen Mark) zugesagt. (dpa/AP)

Auswärtiges Amt: Taliban-Häftlingen geht es gut

KABUL ■ Den in Afghanistan angeklagten westlichen Entwicklungshelfern geht es nach Angaben des Auswärtigen Amtes den Umständen entsprechend gut. Die Inhaftierten seien bei guter Gesundheit und würden gut behandelt, sagte ein Sprecher am Freitag. Sie könnten über einen „mittelbaren Zugang“ Lebensmittel und Briefe erhalten und würden unter „hausarrestähnlichen Haftbedingungen“ festgehalten. Sie säßen in keinem Gefängnis im eigentlichen Sinne.

Treffen zwischen Arafat und Peres für Sonntag geplant

JERUSALEM ■ Verhandlungen zwischen dem israelischen Außenminister Schimon Peres und dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat über einen Waffenstillstand sollen möglicherweise schon am Sonntag stattfinden. Peres, der derzeit an einer Konferenz im norditalienischen Cernobbio teilnimmt, erklärte am Freitag, Arafat und er könnten sich an der Grenzübergangsstelle Eres am Gazastreifen treffen. Von palästinensischer Seite gab es keine offizielle Bestätigung für die geplante Unterredung.

Der deutsche Diplomat Helmut Landes hat das Verhalten des Taliban-Außenministers dagegen heftig kritisiert. Der Außenminister, der die Anklage repräsentiere, äußere sich über die Presse zu dem Fall, während die Angeklagten auch am dritten Prozessstag noch nicht einmal über das Gerichtsverfahren informiert worden seien. Die Angeklagten müssen sich wegen des Vorwurfs christlicher Missionierung verantworten. (dpa)

Peres sagte, die Luft sei derzeit von Misstrauen und Zorn erfüllt. Durch Gewalt werde aber keines der Probleme gelöst. Die Palästinenser befürchten, dass Peres nicht die Rückendeckung von Ministerpräsident Ariel Sharon habe. Die russische Nachrichtenagentur Interfax hatte Sharon am Donnerstag mit den Worten zitiert, mit Arafat seien keine Friedensverhandlungen möglich. (AP)

BUNDESFAMILIENMINISTERIN BERGMANN

Elternzeit statt Manager-Seminare

Ihr Aktionsprogramm „Mehr Spielraum für Väter“ stellte Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD) jetzt auf Einladung der Kassler Vätergruppe vor. Ines Pohl sprach mit ihr.



Frau Bergmann, sollen jetzt die Väter dafür sorgen, dass die Deutschen nicht aussterben?
Bergmann: Die Männer sind beim Kinderkriegen natürlich schon jetzt unverzichtbar. Sie sollen und wollen sich aber mehr als bisher um die Erziehung der Kinder kümmern.

Was sind die Kernpunkte des neuen Gesetzes?

Bergmann: Wir haben seit Januar ein neues Bundeserziehungsgeldgesetz. Jetzt können beide Eltern zur gleichen Zeit Elternzeit, früher nannte man das Erziehungsurlaub, nehmen. Das ist verbunden mit einem Anspruch auf Teilzeitarbeit bis zu 30 Stunden pro Woche für jeden Elternteil. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten haben darauf einen Rechtsanspruch.

Wie viele Väter nehmen heute schon Elternzeit?

Bergmann: Derzeit sind es nur 1,5 Prozent, obwohl wir wissen, dass 20 Prozent gerne auf Erwerbsarbeit verzichten würden, um bei ihren Kindern zu sein.

Warum tun sie es dann nicht?

Bergmann: Ein großer Hinderungsgrund für die Väter ist ja die Sorge vor dem Karriere-Knick. Und da hilft auch ein Gesetz nur bedingt. Denn die Männer befürchten ja, dass sie nicht für eine Führungsposition in Frage kommen, wenn sie die rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Wir wollen zeigen, dass das nicht so sein muss.

Diese Angst haben auch Mütter.

Hofft auf mehr Väter an Laufstall und Herd: Bundesfamilienministerin Christine Bergmann.
 (Foto: Fischer)

Bergmann: Der Karriere-Knick ist bei den Frauen natürlich auch da, und zwar massenhaft. Wir hoffen, mit dieser Kampagne eine ganz grundsätzliche Diskussion anzustoßen. Zum Beispiel das Thema Teilzeit in Führungspositionen. Wir erfahren bei unseren Besuchen, dass auch die Unternehmen von solchen Angeboten profitieren.

Kompetenz. Man kann diese berühmte Kompetenz in teuren Manager-Seminaren trainieren, man kann es aber auch einfacher haben, indem man sich an der Familienarbeit beteiligt.

Ein Teilzeitgehalt muss man sich ja leisten können. Müssen Sie nicht dafür sorgen, dass Eltern auch ganz arbeiten können?

Bergmann: Es ist richtig, dass es in den alten Bundesländern an allen Ecken und Enden an Kinderbetreuung fehlt. Im Osten gibt es in der Regel noch immer ein bedarfsgerechtes Angebot. Und zwar von der Geburt bis etwa zum 12. Lebensjahr.

Kinderbetreuung ist Ländersache. Wie kommt es, dass die armen neuen Bundesländer sich ein entsprechendes Angebot leisten können, die alten aber sagen, das ist uns zu teuer?

Bergmann: Die neuen Bundesländer haben das natürlich mitgebracht. Und die Eltern werden rabiat, wenn hier gekürzt werden soll. Wir wissen auch, dass es für Kinder in sozialen Brennpunkten sehr gut ist, wenn sie gefördert werden. Betreuungsangebote sind ein klarer Bildungsauftrag und auch im Zusammenhang mit der Integrationsdebatte eine große Chance.

Wie kann Ihr Ministerium die Situation denn verbessern?

Bergmann: Wir haben Qualitätsprojekte laufen, Modellprojekte und sind natürlich an der Spitze der Debatte. Und wir haben ja das neue Gesetz auf den Weg gebracht.

Ihr Problem als Ministerin ist doch, dass Sie letztendlich nur appellieren können, mehr nicht.

Bergmann: Es ist Sache der Länder und Kommunen, das Angebot bedarfsgerecht auszubauen. Aber wir versuchen, das Thema voran zu treiben. Eben auch durch Gespräche mit der Wirtschaft. Und dadurch entsteht politischer Druck.

Wie kann eine Familienministerin politischen Druck ausüben?

Bergmann: Wir können den Ländern natürlich nichts verordnen. Aber die öffentliche Debatte anstoßen. Und man sollte wissen, dass die Länder, die eine höhere Geburtenrate haben, auch eine höhere Erwerbsarbeit von Frauen aufweisen. Nicht etwa eine niedrigere. Und das liegt ganz klar auch an einer ordentlichen Kinderbetreuung.

Dr. Christine Bergmann wurde 1939 in Dresden geboren. Die Mutter von zwei Kindern studierte Pharmazie und ist seit 1998 Bundesfamilienministerin.

Krebs durch Dieselruß: Strafanzeige gegen Autobauer

HAMBURG ■ Die Umweltorganisation Greenpeace hat juristische Schritte gegen das Kraftfahrtbundesamt (KBA) eingeleitet, um die Menschen besser vor dem Lungenkrebsrisiko durch Dieselaabgase zu schützen. Greenpeace hat gestern beim Verwaltungs-

gericht Schleswig eine Untätigkeitsklage gegen das Kraftfahrtbundesamt (KBA) eingereicht sowie bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Hamburg Strafanzeige gegen die führenden deutschen Automobilkonzerne erstattet. Nach dem Willen der Umweltorgani-

sation soll das KBA künftig nur Diesel-Fahrzeugen mit wirksamer Abgasreinigung eine Allgemeine Betriebslaubnis erteilen. Für andere Diesel-Pkw solle eine Frist gelten, in der die Fahrzeuge nachgerüstet werden.

Jährlich sterben in Deutschland 8000 Menschen an jener

Form von Lungenkrebs, der meist durch die Partikel von Dieselaabgasen ausgelöst wird, berichtet Greenpeace unter Berufung auf das Stuttgarter Institut für Technikfolgenabschätzung. In Europas Ballungszentren seien es insgesamt 80 000 Tote pro Jahr. (dpa)

MINI. Heute Verkaufsstart

**BMW Group
Niederlassung Kassel**
 Scharnhorststrasse 14
 34125 Kassel
 Telefon 05 61/75 00 0-0
 www.MINI-kassel.de